

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.322.744

Wien, am 27. Juni 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Mag. Reifenberger, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. April 2023 unter der Nr. **14930/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Informationsbericht über die Wiederbelebungsmaßnahmen der umfassenden Landesverteidigung“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

1. *Warum wurde der Informationsbericht über die Wiederbelebung der „Umfassenden Landesverteidigung“ nach deutlich über einem Jahr noch immer nicht dem Parlament vorgelegt?*
2. *Wie ist der momentane Bearbeitungsstand des ministeriumsübergreifenden Berichts über die Wiederbelebung der „Umfassenden Landesverteidigung“? (Angabe der bereits eingereichten Themenbereiche und des jeweiligen Ministeriums)*
3. *Welche Ministerien haben bis dato noch keinen inhaltlichen Beitrag zu diesem Informationsbericht eingebracht?*
4. *Wann wird der Informationsbericht über die Wiederbelebung der „Umfassenden Landesverteidigung“ dem Parlament vorgelegt werden?*

5. *Ziehen Sie in Erwägung, den Erarbeitungsprozess zu beschleunigen?*
6. *Soll der Informationsbericht in weiterer Folge auch veröffentlicht werden?*

In Anbetracht der bestehenden verfassungsrechtlichen Grundlagen bekennt sich die Bundesregierung vollinhaltlich zu der mit Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates vom 25. Februar 2022 ergangenen Empfehlung zur Aufrechterhaltung der „Umfassenden Landesverteidigung“. Die Diversität der Bedrohungen und eine zunehmend von globalen Rahmenbedingungen abhängige Gefahrenlage erfordern einen gesamtheitlichen Zugang zum Thema Sicherheit und allenfalls eine Anpassung der diesbezüglichen Grundlagen an die neuen Gegebenheiten.

Unter Bezugnahme auf den Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates vom 25. Februar 2022 betreffend die Aufrechterhaltung der „Umfassenden Landesverteidigung“ verabschiedete der Nationalrat am 13. Oktober 2022 eine Entschließung betreffend die immerwährende Neutralität für Österreich. Darin wurde die Bundesregierung aufgefordert, die „Umfassende Landesverteidigung“ (ULV) in all ihren Bereichen wiederzubeleben und zu stärken sowie davon in geeigneter Form dem Parlament zu berichten.

Um der Änderung der Rahmenbedingungen insbesondere durch den nach wie vor andauernden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine Rechnung zu tragen, beschloss die Bundesregierung im Ministerrat am 12. April 2023, die „Österreichische Sicherheitsstrategie“ (ÖSS) aus 2013 sowie relevante Teilstategien umfassend weiterzuentwickeln. Auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der ULV und auf den diesbezüglichen Beschluss des Nationalen Sicherheitsrats wurde im entsprechenden Ministerratsvortrag Bezug genommen, welcher auch in die Weiterentwicklung der ÖSS einfließen wird.

Die im Nationalrat vertretenen Parteien werden im Rahmen eines parlamentarischen Prozesses in die Weiterentwicklung und Adaptierung der ÖSS eingebunden. Das Ergebnis soll dem Nationalrat bis Ende 2023 zur Debatte zugeleitet werden. Ziel ist es, auch die künftige Sicherheitsstrategie auf eine breite parlamentarische Mehrheit zu stützen.

Auf dieser Basis läuft derzeit ein breit angelegter, ressortübergreifender und unter parlamentarischer Einbindung erfolgender Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung der ÖSS. Die Thematik der ULV stellt ein wichtiges Element einer breit angelegten Ausrichtung der österreichischen Sicherheitspolitik dar und ist daher integraler Bestandteil dieses Überarbeitungsprozesses.

Darüber hinaus setzen die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung und ich unabhängig vom laufenden Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung der ÖSS laufend konkrete Maßnahmen in den verfassungsmäßig normierten Teilbereichen der ULV.

Aktuell geht es uns als Bundesregierung in diesem Zusammenhang v. a. darum, die kritische Infrastruktur, die Terrorismusprävention, die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln und Energie, die medizinische Versorgung, die Mobilität und den Strahlenschutz aufrecht zu erhalten. Dazu stehen wir in einem permanenten ressortübergreifenden Austausch, sowohl auf politischer als auch auf Verwaltungsebene. Alle Ressorts sind dabei eingebunden und bringen sich ihren jeweiligen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten entsprechend ein.

Karl Nehammer